Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6028**

17. Wahlperiode 31. 05. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer, Eckhardt Rehberg, Peter Altmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Torsten Staffeldt, Dr. Martin Lindner (Berlin), Angelika Brunkhorst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 17/5770 –

Die Zukunftsfähigkeit der maritimen Wirtschaft als nationale Aufgabe

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Garrelt Duin, Hubertus Heil (Peine), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/5237 –

Flagge zeigen für die maritime Wirtschaft

A. Problem

Zu Buchstabe a

Stärkung der maritimen Wirtschaft durch zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Förderung des maritimen Standorts, der Schiffbau- und Zulieferindustrie, der Hafenwirtschaft und Logistik, der Schifffahrt, der maritimen Technologien, des Ausbaus der Offshore-Windenergie, des Klima- und Umweltschutzes, der Sicherheit des internationalen Schiffverkehrs und der Gefahrenabwehrmöglichkeiten der Behörden auf Nord- und Ostsee.

Zu Buchstabe b

Zahlreiche Einzelmaßnahmen betreffend die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Schiffbaus und der Seeschifffahrt, die Förderung der Häfen, der Hafenhinterlandanbindungen und des Güterverkehrs, den Ausbau der Offshore-Windenergie, die Verbesserung des maritimen Umweltschutzes, die Förderung der Meeresforschung und Meerestechnologie, die Unterstützung der Fischerei.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/5770 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5237 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a und b

Keine.

D. Kosten

Zu den Buchstaben a und b

Kosten wurden nicht erörtert.

E. Bürokratiekosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 17/5770 anzunehmen,

b) den Antrag auf Drucksache 17/5237 abzulehnen.

Berlin, den 25. Mai 2011

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken	**Eckhardt Rehberg**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Eckhardt Rehberg

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 17/5770** wurde in der 109. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Mai 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 17/5237** wurde in der 109. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Mai 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP zielt auf eine Stärkung der maritimen Wirtschaft in Deutschland ab. Die maritime Wirtschaft sei mit etwa 380 000 Beschäftigten und einem Umsatz von ca. 50 Mrd. Euro von herausragender Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Technologie-, Produktions- und Logistikstandort und Eckpfeiler der führenden Position Deutschlands beim Export. Ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern sei deshalb eine nationale Aufgabe. Das Wachstum der maritimen Wirtschaft sei aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 stark eingebrochen. Trotz der starken Erholung im Jahr 2010 sei das Vorkrisenniveau nicht wieder erreicht worden. Die Koalitionsfraktionen fordern die Bundesregierung deshalb unter anderem dazu auf,

– ihre maritime Strategie als Bestandteil ihrer Gesamtstrategie für Wachstum und Beschäftigung im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel weiterzuentwickeln und umzusetzen;
– einen „Entwicklungsplan Meer“ für Deutschland mit dem Ziel einer ganzheitlichen Betrachtungsweise, die integratives Handeln erfordert, um die neuen wirtschaftlich-technologischen Chancen zu nutzen, Wertschöpfung und Beschäftigung des maritimen Clusters bei gleichzeitiger Wahrung der Ziele des Meeresumweltschutzes zu erhöhen, zu entwickeln und umzusetzen;
– sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, die transeuropäischen Verkehrsnetze und die Meeresautobahnen auszubauen und weiterzuentwickeln. Dabei müssen ökonomische und ökologische Belange berücksichtigt werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/5770 verwiesen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion der SPD will mit ihrem Antrag die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft stärken. Aufgrund der immer noch spürbaren Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sei es nun Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung zu schaffen, Innovationen anzustoßen und strukturelle Verbesserungen zu fördern, um die Spitzenstellung Deutschlands in der maritimen Wirtschaft dauerhaft zu sichern und auszubauen. Notwendig sei dabei ein klarer strukturpolitischer Ansatz, der die verschiedenen Aufgabenfelder wie Finanzierung, Ordnungspolitik und Infrastrukturpolitik, Umweltschutz sowie Forschung und Entwicklung miteinander verbinde. Deshalb fordert die Fraktion der SPD die Bundesregierung unter anderem dazu auf,

– die Schiffbaupolitik stärker an der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation und den Erfordernissen der Werftindustrie auszurichten;
– die Kürzung der Fördermittel für die Seeschifffahrt im Bundeshaushalt zurückzunehmen und die Zusagen zur Senkung der Lohnnebenkosten für den Betrieb deutscher Handelsschiffe im internationalen Verkehr einzuhalten;
– sich zur Verwirklichung gleicher Wettbewerbsbedingungen auf europäischer Ebene für eine Harmonisierung der Beihilferichtlinien und Transparenzregelungen einzusetzen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/5237 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5770 in seiner 39. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5770 in seiner 41. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5770 in seiner 55. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5770 in seiner 91. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5770 in seiner 40. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5770 in seiner 43. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5770 in seiner 40. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5770 in seiner 38. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5770 in seiner 32. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5770 in seiner 39. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Zu Buchstabe b

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5237 in seiner 55. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5237 in seiner 40. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5237 in seiner 66. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5237 in seiner 91. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5237 in seiner 40. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5237 in seiner 43. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5237 in seiner 40. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5237 in seiner 32. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5237 in seiner 39. Sitzung am 25. Mai 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Vorlagen auf Drucksachen 17/5770 und 17/5237 in seiner 45. Sitzung am 25. Mai 2011 abschließend beraten.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP** betonten, der deutsche Schiffbau erhalte im Gegensatz zu vielen anderen Industriezweigen bereits seit sieben Jahren keine Beihilfen. Die Kritik der Rolle des Bundes bei der Schiffsfinanzierung sei unberechtigt. In der aktuellen Legislaturperiode habe der Bund über 5 Mrd. Euro für CIRR- (Commercial Interest Reference Rate) und Hermesabsicherungen zur Verfügung gestellt und dadurch den deutschen Werften viele Aufträge gesichert. Die Schiffbauaufträge der größtenteils ausländischen Reeder werden hauptsächlich durch die KfW IPEX-Bank finanziert. Private Banken agierten eher

zurückhaltend auf diesem Gebiet. Leider habe in den letzten Monaten kein einziger deutscher Reeder einen Auftrag bei einer deutschen Werft abgegeben. Hinsichtlich der Forderung des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik nach Hermesabsicherungen zugunsten deutscher Reeder, die Schiffe bei ausländischen Werften in Auftrag geben, sei man daher skeptisch. Es sei bedauerlich, dass es nicht gelungen sei, durch einen parteiübergreifenden parlamentarischen Konsens zu beschließen, dass die Lieferung von Fährschiffen an Entwicklungsländer eine sinnvolle Investition darstelle. Wenn man Entwicklungsländer unterstütze, müsse man auch dafür sorgen, dass diese Produkte in Deutschland hergestellt werden.

Die **Fraktion der SPD** äußerte Kritik daran, dass es seit Bestehen der Bundeswehr keinen einzigen Auftrag der Bundesregierung beim Marineschiffbau gegeben habe. Die dadurch entstehende Gefahr, Know-how einzubüßen, sei aus industrie- und verteidigungspolitischer Sicht bedenklich. Die im Offshorebereich vorgesehenen Programme müssten so gestaltet werden, dass viele Akteure der maritimen Wirtschaft davon profitieren. Um im Bereich der Infrastruktur die notwendigen Maßnahmen ausführen zu können, brauche man eine funktionierende Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Diese dürfe deshalb weder privatisiert noch finanziell beschnitten werden.

Die **Fraktion DIE LINKE**. kritisierte das Fehlen neuer Ansätze beim Bericht der Bundesregierung. Man müsse größeren Wert darauf legen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Da die wenigsten Schiffe der deutschen Handelsflotte eine deutsche Flagge führten, unterliegen sie nicht dem deutschen Recht. Die im Rahmen eines maritimen Bündnisses zwischen Reedern und Politikern vereinbarte Rückflaggung sei nicht verwirklicht worden. Steuervergünstigungen wie bei der Tonnagesteuer sollten das Führen der deutschen Flagge voraussetzen. Auch bei der Umweltverträglichkeit der Schifffahrt gebe es großen Optimierungsbedarf.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bedauerte, dass man kein vernünftiges Handlungskonzept für die Bundesregierung im Ostseerat gefunden habe. Man müsse die maritime Wirtschaft ganzheitlich betrachten. Unverständlicherweise gingen die Koalitionsfraktionen in ihrem Antrag davon aus, dass die Einrichtung der Schwefelemissionssonderzonen nicht bis 2015 umsetzbar seien. Zudem trage der Antrag durch unklare Formulierungen zur Verunsicherung der Akteure bei der maritimen Wirtschaft bei. Beim Energy Efficiency Design Index sei man nur unzureichend vorangekommen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sollte sich auch mit dem Problem beschäftigen, dass man für bestimmte Schiffstypen mehr Risikokapital benötige.

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags auf Drucksache 17/5770 zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5237 zu empfehlen.

Berlin, den 25. Mai 2011

Eckhardt Rehberg
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333